

Taiwans Reaktionen auf das Antisezessionsgesetz

Hans-Wilm Schütte

In Taiwan war das Antisezessionsgesetz seit dem letzten Februardrittel das beherrschende Thema in den Medien und in der Politik. So blieb es den ganzen März hindurch. Das Gesetz stieß, noch ehe sein Wortlaut bekannt wurde, praktisch auf einhellige Ablehnung, wenn auch in unterschiedlicher Intensität. Die Reaktionen konnten Beijing, das sich gern auf die „taiwanischen Landsleute“ beruft, nicht gefallen. Im Effekt bedeutete das Gesetz willkommenen Rückenwind für die Unabhängigkeitsbefürworter.

Reaktionen von Parlament und Regierung

Über die Kluft zwischen „grünem“ und „blauem“ politischem Lager hinweg formulierte das Parlament, der Legislativ Yuan, in einer Resolution, die am 4. März mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedet wurde, den gemeinsamen Nenner in Sachen taiwanischer Selbstbehauptung: „Seit ihrer Gründung ist die Republik China ein souveräner, unabhängiger Staat. Alle einseitigen Handlungen, den Status quo zu verändern oder die Souveränität der Republik China zu schmälern, widersprechen dem gemeinsamen Willen des taiwanischen Volkes und der internationalen Gemeinschaft.“ (TT, 5.3.05) Dann spricht die Resolution das Antisezessionsgesetz direkt an, und die „Beijinger Autoritäten“ werden gebeten, das Gesetzesvorhaben – dessen Wortlaut zu der Zeit noch nicht bekannt war – zu überdenken. Am Schluss betont die Resolution: „Die Regierungs- wie die Oppositionsfraktionen im Legislativ Yuan werden aktiv eine Festlandspolitik betreiben, die die Gleichheit und Gegenseitigkeit zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße stützt und alles für eine beiderseitige friedliche Entwicklung tun“¹ (Lifa Yuan 2005).

Damit machte das Parlament unzweifelhaft klar, dass die Beijinger Vorstellungen von einer beschränkten taiwanischen Souveränität nicht nur von den „Sezessionisten“, sondern von allen großen Parteien abgelehnt werden und man in festlandschinesischer Vormundschaft keine Perspektive sieht.

Deutlichere Worte fanden der Rat für Festlandsfragen (Mainland Affairs Council, MAC) und der Präsident. Chen Shui-bian nannte China in einer Sechs-Punkte-Erklärung vom 16. März, also nach Bekanntwerden

des Gesetzeswortlauts, einen „potenziellen Aggressor“ und sprach auch die in Europa diskutierte Aufhebung des Waffenembargos gegen China an: Solange China nicht von eventuellen „nicht friedlichen“ Mitteln Abstand nehme, gebe es keinen Grund für ein solches Entgegenkommen (Chen Shui-bian 2005). Der Rat für Festlandsfragen, der die Chinapolitik auf Ministerebene formuliert, äußerte sich qua Amtes mehrfach und teils sehr ausführlich. Er erkannte in dem Antisezessionsgesetz eine einseitige Änderung des Status quo (MAC 2005) und wies darauf hin, dass das Gesetz im Zusammenhang mit Chinas stark steigenden Rüstungsausgaben zu sehen sei (CNAT, nach BBC PF, 5.3.05). Beijing sabotiere den Frieden und die Stabilität an der Taiwan-Straße (NZZ, 15.3.05). Sowohl der MAC wie der Präsident wiederholten ihren bekannten, auch von den Oppositionspolitikern geteilten Standpunkt, dass es keine Änderung von Taiwans Status ohne die Zustimmung der taiwanischen Bevölkerung geben könne.

Insgesamt müssen die Reaktionen von Parlament und Regierung trotz klarer Worte als zurückhaltend gelten. Die Regierung hatte sich bewusst für eine deeskalierende Linie entschieden, „um Unterstützung und Sympathie in der Staatengemeinschaft zu gewinnen“, wie Ministerpräsident Frank Hsieh (Xie Changting) erklärte (TT, 2.3.05). Eine neue Positionsbestimmung fand nicht statt. Man begnügte sich damit, Chinas Ansprüche zurückzuweisen. Neu war allenfalls, mit welcher Geschwindigkeit sich die sonst so streitlustigen Parlamentsfraktionen auf eine gemeinsame Resolution einigten. Wie schon in vorangegangenen Jahren mit Interventionsdrohungen stärkte Beijing auch mit dem Antisezessionsgesetz unwillentlich das taiwanische Zusammengehörigkeitsgefühl. Statt die unabhängigkeitsorientierten Kräfte zu isolieren, wie es Beijing erhoffte, vollzog sich – zumindest vorübergehend – eine Solidarisierung der Demokraten.

Pro-Taiwan-Kräfte und Massenproteste

Resolutionen und Proteste gegen das Antisezessionsgesetz wurden im März von vielen Stellen bekannt. Beispielsweise forderte die Rechtsanwaltsvereinigung China

¹Eigene Übersetzung aus dem Chinesischen.

auf, auf die Verabschiedung des Gesetzes zu verzichten (CNAT, nach BBC PF, 11.3.05). Die Regierungspartei DPP verabschiedete eine entsprechende Resolution (CNAT, nach BBC PF, 12.3.05). Im selben Sinne äußerte sich eine Gruppe von Bürgermeister und Landräten (CNAT, nach BBC PF, 14.3.05).

Da sich die Unabhängigkeitsbefürworter heute vor allem in der Union für Taiwansolidarität (TSU) sammeln, die mit zwölf Mandaten im Parlament vertreten ist, war dort die Aufregung über das Antisezessionsgesetz am größten. Schon im Februar – drei Wochen vor der betreffenden Abstimmung in Beijing – legte die TSU-Fraktion als „Gegengesetz“ den Entwurf zu einem „Antianxionsgesetz“ vor (TT, 24.2.05). Mitte März zog die DPP mit einem ähnlichen Gesetzentwurf nach. Beide sind freilich mehr deklamatorischer Art und im Parlament ohne Chance. Sehr wortmächtig äußerte sich Expräsident Lee Teng-hui (Li Denghui), der als Mentor der TSU gilt: Das Antisezessionsgesetz sei schon per se ein Akt der Aggression (CNAT, nach BBC PF, 6.3.05).

Am 6. März fanden in Taipeh und Kaohsiung erste Großdemonstrationen statt, auf denen einige Zehntausend Taiwaner gegen das Gesetz demonstrierten. In Taipeh sprachen Ministerpräsident Frank Hsieh, DPP-Vorsitzender Su Tseng-chang (Su Zhenchang) und Exministerpräsident Yu Shyi-kun (You Xikun) zu der Menge (CNAT, nach BBC PF, 6.3.05; TT, 7.3.05).

Am 26. März folgte dann eine noch sehr viel größere Demonstration in Taipeh. Sie hatte die Form eines Sternmarsches aus zehn Kolonnen; annähernd eine Million Menschen nahmen teil, darunter Präsident Chen Shui-bian, der jedoch keine Ansprache hielt (ST, 27.3.05; TT, 27.3.05).² Die Kundgebung gilt als die größte Demonstration, die jemals in Taipeh stattfand. Die Stimmung auf der Insel wie üblich völlig falsch einschätzend, hatte China die Bürger Taiwans aufgefordert, dem Ereignis fernzubleiben, da die Unabhängigkeitskräfte auf diese Weise die Beziehungen zwischen China und Taiwan „sabotieren“ wollten (Erling 2005). Für manchen Demonstranten mag dies allenfalls ein Grund mehr gewesen sein, sich auf die Straße zu begeben.

Bereits im Dezember hatten bei einer Umfrage des MAC zum geplanten Antisezessionsgesetz, von dem damals erstmals die Rede war, 83% der befragten Taiwaner erklärt, sie lehnten es ab (CNAT, nach BBC PF, 14.2.05). Vom 9. bis 12. März führte das Nationale Politikforschungsinstitut eine neue Umfrage unter 1.067 Erwachsenen durch. Sie ergab, dass 84% die These zurückwiesen, dass Taiwan ein Teil Chinas sei. 79% fanden, dass China der taiwanischen Regierung feindlich gesonnen sei, und 63% erkannten auch eine Feindschaft gegenüber der taiwanischen Bevölkerung. Dieser Werte hatte bislang nur einmal, im August 1999, höher gelegen (vgl. MAC 2004). 91% stützten die von allen großen Parteien vertretene Auffassung, wonach allein die Taiwaner über die Zukunft Taiwans zu entscheiden haben.

56% befürworteten eine Erhöhung des Verteidigungshaushalts, und 57% waren der Ansicht, Taiwan solle sich mit einem Referendum gegen das Antisezessionsgesetz wehren (TT, 14.3.05). Die Zahlen lassen erkennen, dass das Antisezessionsgesetz in der Bevölkerung einen ähnlichen Effekt zeitigte wie im Parlament: eine Solidarisierung mit der Sache Taiwans, und zwar unabhängig von parteipolitischer Zugehörigkeit oder Zuneigung.

Was ändert sich für Taiwan und seine Chinapolitik?

Wie auch in taiwanischen Pressekommentaren mehrfach betont, kommt das Antisezessionsgesetz den unabhängigkeitsorientierten Kräften durchaus gelegen. Es nützt ihnen gleich doppelt: Erstens macht es die Bedrohung durchs Festland gewissermaßen amtlich und stärkt daher auch bei eher chinaorientierten Kreisen die Taiwanidentität und das Gefühl, einer taiwanischen Schicksalsgemeinschaft anzugehören. Dieser Aspekt ist besonders deswegen wichtig, weil sich die Taiwanidentität auf nicht allzu viel Substantielles stützen kann, sodass die Bedrohung durch einen äußeren Feind einen hohen Stellenwert erhält. Zweitens verschafft das Gesetz Taiwan weltweite Aufmerksamkeit und ein Mehr an Sympathie vor allem in demokratischen Staaten. Von konkreter, aktueller Relevanz ist dieser Punkt, was die von Jacques Chirac und Gerhard Schröder gewünschte Aufhebung des gegen China gerichteten europäischen Waffenembargos angeht. Taiwans Chancen, dass es vorerst beim Embargo bleibt, haben sich durch das Gesetz gewiss erhöht.

Damit bleibt es aber im Wesentlichen auch bei dem für Taiwan wichtigen Status quo. Weder die Bedrohungssituation als solche hat sich durch das Gesetz verschärft, noch haben sich die Wirtschaftsinteressen oder hat sich die Wirtschaftslage gegenüber China dadurch verändert. Der für seine Volatilität bekannte taiwanische Börsenindex Taiex reagierte auf die Verabschiedung des Antisezessionsgesetzes daher auch nicht in irgendwie signifikanter Weise (TT, 15.3.05).

Allerdings erlitten die für Taiwan wichtigen Entspannungsbemühungen einen herben Rückschlag, und dies just zu einer Zeit, als sich erstmals seit langem wieder so etwas wie eine vorsichtige Wiederannäherungsperspektive abzeichnete:

- Zum chinesischen Neujahrsfest hatte es im Februar erstmals Non-stop-Flüge zwischen Taiwan und dem Festland unter Beteiligung von Fluggesellschaften beider Seiten gegeben (vgl. C.a., 1/2005, Dok 40).
- Das Militär hat keine Sicherheitsbedenken mehr gegen regelmäßige Flüge, und Präsident Chen hatte Mitte Februar Taiwans Bereitschaft erklärt, über die Zulassung von Frachtcharterflügen zu sprechen (CNAT, nach BBC PF, 22.2.05; vgl. die Dokumentation in diesem Heft).

²Taipehs Bürgermeister Ma Ying-jeou (Ma Yingjiu), Mitglied der Oppositionspartei KMT, sprach hinterher nur von 275.000 Teilnehmern. Presseberichte aus aller Welt sowie recht detaillierte Analysen anhand von Luftaufnahmen stimmen darin überein, dass die Zahl eher das Drei- bis Vierfache betrug; s. Minzhu Heping Hu Taiwan Da Lianmeng 2005 sowie Yu Meiti Fankang 2005.

- In der Folge der letzten Wahlen sowie im Zuge einer Annäherung zwischen Präsident Chen Shui-bian und dem Vorsitzenden der Oppositionspartei PFP, James Soong, hatte Chen soeben von Teilen seiner Taiwanisierungspolitik Abstand genommen und war zu der Politik zurückgekehrt, die er bei Amtsantritt im Jahr 2000 formuliert hatte: Taiwans Status quo nicht anzutasten und die Tür zu einer eventuellen Wiedervereinigung offen zu halten (vgl. die Dokumentation in diesem Heft).
- Äußerungen des chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao deuteten Anfang März an, dass diese Botschaft in Beijing angekommen war (TT, 5.3.05). Es handelte sich um die erste positive Reaktion auf Äußerungen von Chen Shui-bian seit dessen Amtsantritt.
- Anfang Februar erschienen zur Trauerfeier für Koo Chen-fu (Gu Zhenfu), der in den 90er Jahren für Taiwan den halboffiziellen Dialog mit China führte, höherrangige Vertreter der Association for Relations Across the Taiwan Straits (ARATS), die auf festlandschinesischer Seite für den Dialog verantwortlich ist, und führten in Taipei erstmals nach dem Ende des Dialogs im Jahr 1999 wieder Gespräche mit Vertretern der Straits Exchange Foundation (SCMP, 3.2.05; vgl. C.a., 1/2005, Dok 44).

Inwieweit diese hoffnungsvollen Ansätze durch das Antisezessionsgesetz dauerhaft unterbrochen worden sind, ist derzeit noch nicht abzusehen. Während die Aussichten auf Besserung der Beziehungen in den meisten genannten Punkten eher als vage eingestuft werden mussten, galt dies für die Verstärkung des Flugverkehrs nicht. Hier ist ein Rückschlag unübersehbar. Trotz des Unmuts, den das Gesetz erzeugte, wird man sich in Taipei aber schon aus eigenem Interesse nicht dauerhaft neuen Annäherungsinitiativen verschließen.

Flüchtiger noch ist wohl die Brücke, die das Antisezessionsgesetz zwischen den politischen Lagern schlug. Schon Ende März wurde dies unübersehbar, als sich eine Delegation der oppositionellen Kuomintang (KMT) unter Leitung von ihrem Vizevorsitzenden auf eine seit längerem geplante Chinareise begab – sehr zum Unmut des Präsidenten, der die Reise, auf der auch politische Gespräche anstehen, scharf kritisierte (TT, 30.3.05).

Zu erwarten ist aber auch, dass die Regierung die geplanten Rüstungsvorhaben jetzt doch noch über die parlamentarischen Hürden bringen wird. In diesem Punkt gibt das Antisezessionsgesetz Taiwans Regierung kräftigen Rückwind für größere Rüstungsanstrengungen. Zwar lehnte die Opposition den umstrittenen Sonderetat zur Beschaffung von U-Booten und anderen teuren Rüstungsgütern Ende März erneut ab, ließ aber gleichzeitig eine Kompromissmöglichkeit erkennen (TT, 30.3.05). So könnte sich das Antisezessionsgesetz auch im Hinblick auf seine „nicht friedliche“ Komponente als kontraproduktiv erweisen.

Quellen

- Chen Shui-bian (2005), „Zongtong jiu Zhong Gong 'Fan fenlie guojia fa' daibiao zhengfu tichu liu dian yan-zheng kanfa“ (Sechs im Namen der Regierung vom Präsidenten vorgebrachte Erwiderungen zum Antisezessionsgesetz der chinesischen Kommunisten). Online: <http://www.mac.gov.tw/big5/mlpolicy/ch940316.htm> (Aufruf 28.3.05)
- Erling, Johnny (2005), „Peking versucht einmal mehr, die Bürger Taiwans einzuschüchtern“, in: *Die Welt*, 26.3.05
- Lifa Yuan (Legislativ Yuan) (2005), „Lifa Yuan jieyi wen“ (Parlamentsresolution). Online: <http://www.mac.gov.tw/big5/mlpolicy/anti940304.htm> (Aufruf 28.3.05)
- MAC (2004), Mainland Affairs Council, „Beijing's Hostility Toward ROC“. Online: http://www.mac.gov.tw/english/english/pos/9309/9307e_7.gif (Aufruf 31.3.05)
- MAC (2005), Mainland Affairs Council, „Xingzheng Yuan Dalu Weiyuanhui shengming gao“ (Erklärung des Rats für Festlandsfragen der Regierung). Online: <http://www.mac.gov.tw/big5/mlpolicy/anti940308.htm> (Aufruf 28.3.05)
- Minzhu Heping Hu Taiwan Da Lianmeng (Großes Bündnis für Demokratie, Frieden und den Schutz Taiwans) (2005), ohne Titel. Online: <http://batukhan.100free.com/ahqmain9.html> (Aufruf 31.3.05)
- Yu Meiti Fankang (Medialer Widerstand) (Hrsg.) (2005), „326 xiangguan baodao“ (Berichte zum 26. März). Online: <http://www.socialforce.org/phpBB/viewtopic.php?p=254999#254999> (Aufruf 31.3.05)